

AKTUELL



FOTO: WIKIMEDIA / STEINMETZDEMEYER

WOHNUNGSNOT

Einer für alles

Richard Graf

Sozialer Wohnungsbau, energetische Sanierung - „déi Lénk“ wollen einen neuen öffentlichen Träger, der alles koordiniert.

Wohnungsbauminister Marc Hansen (DP) hat keine leichte Aufgabe. Er sieht sich einem enormen Nachholbedarf beim sozialen Wohnungsbau gegenüber, ist dabei aber Mitglied in einer Partei, die sich hartnäckig gegen jede Form der Sozialisierung von Privatbesitz sperrt. Zudem gibt es im kleinen Luxemburg viele, die auf verschiedenen Ebenen mitreden wollen, wenn es um die Schaffung von Wohnraum geht. Der Minister spricht von einem Puzzle aus Tausenden von Teilen, das es zusammenzusetzen gilt.

Die Kollegin aus dem Energieressort, Staatssekretärin Francine Closener (LSAP), hat ebenfalls Grund zur Sorge: Die energetische Sanierung der Altbauwohnungen erweist sich als komplizierter als gedacht. Trotz finanzieller Anreize und energetischer Modellrechnungen, die zeigen, dass sanierte Häuser sich wirtschaftlich rentieren, kommt die Sanierung der Wohnungen, die vor 1990 errichtet wurden, nicht so recht voran. Auch hier heißt es: Zu viele Akteure, zu komplizierte Prozeduren (siehe woxx 1432).

Service public de l'habitat

Die Klimabank, die ja Minderbetuchten zinslose Darlehen für die energetische Renovierung ermöglichen soll, kommt ebenfalls nur schwer in Gang (siehe woxx 1403): Mit 54.250 Euro Haushaltseinkommen für vierköpfige Familien ist die Obergrenze von solchen Darlehen offenbar doch zu niedrig angesetzt. Die Linken hatten bei der Verabschiedung des Klimabank-Gesetzes im Dezember letzten Jahres moniert, dass dieser Betrag nur um etwas mehr als 7.000 Euro über dem Jahreseinkommen liegt, das laut der Statec als „dezent“ zu betrachten ist. Die Möglichkeit für solche Haushalte einen zusätzlichen, sogar zinslosen,

Renovierungskredit abzustottern müsste wohl anderen Prioritäten weichen.

Bei ihren Überlegungen, wie diesen strukturellen Mängeln zu begegnen sei, setzen die Linken voll auf die öffentliche Karte: Ein neu zu schaffender öffentlicher Träger, der „Service public de l'habitat“, soll den Kommunen sowohl bei der Finanzierung als auch bei der Beratung zur Planung von öffentlichen Mietwohnungen zur Seite stehen. Beratung und Finanzierungshilfe sollen aber auch privaten Eigenheimbesitzern angeboten werden, die sich eine energetische Sanierung auf eigene Faust nicht leisten können und womöglich auch technisch überfordert sind.

Statt über Zinssubventionen die Banken zu fördern, soll der neue Träger direkt auf öffentliche Gelder - sei es aus dem Rentenfonds oder aus existierenden Budgetlinien - zurückgreifen können. Der Service könnte ebenfalls Zugang zu europäischen Mitteln erlangen, etwa im Rahmen des Junckerplans. Da der Staat bereits jetzt budgetäre Mittel für die Kofinanzierung kommunaler Mietwohnungen bereithält, dürfte die Rückzahlung der so vermittelten Kredite unproblematisch sein. Wobei natürlich zu erwägen ist, ob die vom Rentenfonds anvisierte Rendite von derzeit 3,8 Prozent immer eingehalten werden muss.

Auch auf dem freien Mietwohnungsmarkt versprechen sich „déi Lénk“ eine positive Auswirkung dieser Vorgehensweise: Die von den privaten Besitzern erwirkten staatlichen Subventionen dürften nicht in die Berechnung des investierten Kapitals einer Wohnung einfließen. Damit könnten die nach Renovierungen zulässigen Mieterhöhungen niedriger ausfallen - und in der Regel unterhalb der durch die Energiesanierung bewirkten Einsparungen liegen. Eine solch einvernehmliche Regelung, die Mieter und Vermieter gleichermaßen zufriedenstellt, müsste doch glatt im nächsten Wahlprogramm der DP auftauchen.

SHORT NEWS

Droit à l'information : droit dans le mur

(lc) - Juste avant la pause d'été, la commission parlementaire en charge des médias a amendé le projet de loi « relative à une administration transparente et ouverte ». Ce lundi 17 juillet, ce sont les remarques du Conseil d'État qui ont été prises en compte. Si le texte a été purifié de maintes redondances et imprécisions techniques, les députés n'ont pourtant pas changé les principes généraux de cette loi - que le Conseil de Presse, ainsi que les syndicats de journalistes voient toujours comme largement insuffisante. Certes, avoir cette loi permettrait d'enfin effacer la honte luxembourgeoise d'être le seul pays européen (excepté Malte) à ne pas garantir le droit à l'information de ses citoyen-ne-s, mais encore faut-il qu'elle soit cohérente. Or, la commission sous la présidence de la députée libérale Simone Beissel, n'a rien changé aux points critiqués notamment par les représentants de la presse. Les délais d'un mois, trop longs, sont maintenus, ainsi que la liste des exceptions - qui protège non seulement tout ce qui touche à la sécurité de l'État, mais aussi tout ce qui concerne de près ou de loin la place financière. Ce qui, au Luxembourg, semble avoir la même valeur. Enfin, plus de valeur que les droits des citoyen-ne-s à savoir ce qui se trame dans les antichambres du pouvoir.

La transition, ça (se) chauffe !

(lm) - L'été n'en finira plus, c'est le sentiment qu'on peut avoir en ces jours de canicule. Mais l'hiver viendra, et on risque d'avoir bien froid dans les endroits mal chauffés. Comme dans le nouvel espace de co-working aménagé à la Maison de la transition Mesa à Esch. Pour y remédier, il est prévu de construire en automne un poêle de masse ultra-efficace de type Rocket Stove (qui émet un son semblable à celui d'une fusée). Pour financer le projet, Mesa fait en partie appel au crowd-funding (jusqu'au 23 août). Plus d'infos : www.kisskissbankbank.com/transition-minett-rocket-stove-mesa

woxx@home

Aus „PolitikerInnen“ wird „Politikerinnen“

Als wir vor einigen Wochen die Serie „Fünf Fragen an“ starteten, war zunächst geplant, in jeder Nummer eine Person zu interviewen, die bei den kommenden Gemeindewahlen kandidiert. Wie immer war es uns ein Anliegen, auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu achten. Als es sich dann aber so ergab, dass die ersten vier Interviewten Frauen waren, blieb das bei einigen unserer LeserInnen nicht unbemerkt. Manche fragten sich, ob es sich dabei um eine bewusste Entscheidung handelte, andere hatten gar keinen Zweifel daran, dass von vornherein eine Reihe über Kandidatinnen geplant war. Es war aber reiner Zufall. Da jedoch die Reaktionen durchweg positiv waren, kam das Redaktions-Team schnell zu dem Schluss, dass es in der Tat keine schlechte Idee wäre, nur Frauen zu interviewen. Nicht etwa, weil wir sie für interessanter halten als die männlichen Kandidaten. Vielmehr ist unsere Fokusverlagerung als feministisches Statement zu verstehen. Frauen sind in der Gemeindepolitik nach wie vor unterrepräsentiert. Auch in der medialen Berichterstattung über Politiker werden sie benachteiligt. Aber in künftigen woxx-Ausgaben werden auch die männlichen Kandidaten nicht zu kurz kommen: In einer geplanten Serie mit Porträts, streben wir eine gleichgewichtiges Verhältnis an.